



Foto: F. Thier

## Luckenwalde

# Neues aus dem Stadtparlament

Blick in den Sitzungssaal des  
Luckenwalder Rathauses

### Hundesteuersatzung

Aufgrund gesetzlicher Neueregungen ist die Hundesteuersatzung Luckenwaldes anzupassen.

Die Stadtverwaltung schlug damit einhergehend eine moderate Anpassung des Steuersatzes nach oben in Höhe von fünf Euro vor. Für als gefährlich eingestufte Hunde sollte die Erhöhung 70 Euro betragen. Alles in allem rechnete die Verwaltung vor, dass so Einnahmeerhöhungen von rund 7.500 Euro zu erwarten seien. Unsere Fraktion war hier geteilter Meinung. Eine Ansicht war, dass die Erhöhung vertretbar und moderat sei. Auch müsse die Stadt grundsätzlich alle Einnahmequellen nutzen, um ihre Finanzlage zu verbessern. Die andere Sicht war, dass der finanzielle Ertrag und die Botschaft, die damit gesendet würde (Steuererhöhung), in keinem guten Verhältnis zur haushälterischen Wirkung stünde. Unser Kompromissvorschlag war, bei der Erhöhung für »gefährliche Hunde« sowie für den 3. und jeden weiteren Hund mitzugehen. Dieser Antrag wurde durch eine Mehrheit von SPD/Grüne und GfL abgelehnt. Dafür waren wir und die CDU. Im Ergebnis zur ursprünglichen Beschlussvorlage gab es dann in der Abstimmung aber auch

keine Mehrheit, da hier Nein-Stimmen von CDU, GfL und Teilen aus unserer Fraktion kamen.

**Damit bleibt es bei der Hundesteuer so, wie es ist.**

### Verlegung des Wochenmarktes auf den Boulevard

Unterm Strich sahen wir nur ein Argument, was für den Antrag der GfL-Fraktion zur Verlegung des Wochenmarktes auf den Boulevard sprach: Der Bodenbelag auf dem Boulevard ist besser als das Kopfsteinpflaster auf dem Markt. Mehr Parkplätze in der Innenstadt würden jedoch kaum entstehen: schon jetzt kann man auch während des Wochenmarktes auf dem Markt neben dem Wochenmarkt parken. Die umliegenden Parkplätze stehen so oder so zur Verfügung. Was spricht für uns gegen die Verlegung auf den Boulevard? Die meisten Händler\*innen kommen mit Kühlfahrzeug bzw. müssen auf dem Marktgelände mit ihrem Auto parken. Der Boulevard ist ein Baudenkmal und eine ausgewiesene Fußgängerzone, nur Radfahren ist hier ausnahmsweise erlaubt. Das Befahren ist nur für Anlieferung für die anliegenden

Geschäfte zulässig, ein Parken (auch für Fahrzeuge von Händler\*innen) ist nicht zulässig. Es wäre also eine Umwidmung beim Straßenverkehrsamt zu beantragen. Mit wenig Aussicht auf Erfolg, Stichwort Baudenkmal. Auch ist es schon jetzt so, dass der freie/befahrbare Raum auf dem Boulevard eingeschränkt ist. Anliegende Geschäfte nutzen die Freiflächen vor ihren Lokalen für das Angebot eigener Sitzgelegenheiten. Stünden dort nun auch noch zusätzlich Fahrzeuge, wäre kaum noch eine Passage möglich, was eine Gefahr bedeuten kann – Stichwort Rettungswege. Für uns waren das die Gründe, den Antrag abzulehnen. Nicht zuletzt auch, weil sich die Händler\*innen des Wochenmarktes vor einiger Zeit mit übergroßer Mehrheit gegen den Standort Boulevard ausgesprochen hatten. Die Fraktion GfL schlug in der Debatte noch plötzlich vor, den Standortwechsel des Wochenmarktes zwei Monate lang in einer Testphase auszuprobieren. Das hätte an den vorgenannten Contra-Argumenten ja aber auch nichts geändert.

**Im Ergebnis wurde der Antrag von GfL dann zurückgezogen, da sich keine Mehrheit abzeichnete.**

### Aufhebung der Parkverbotszonen rund um das Stadion

Eines vorab: Die Tage im Jahr, an denen die in unmittelbarer Umgebung zum Seelenbinder-Stadion liegenden Parkplätze nicht ausreichen, lassen sich an zwei Händen abzählen.

Im Übrigen gibt es in der weiteren Umgebung des Stadions genug angebotene Parkmöglichkeiten. Und ja, dazu zählen auch die Parkflächen am Bahnhof. Das ist eine Entfernung von nicht mal zwei Kilometern und in gut 20 Minuten zu Fuß zu schaffen. Wer Sport im Stadion sehen möchte, dem ist auch dieser Weg zuzumuten. Auch in anderen Städten hat man schließlich keine Garantie auf unmittelbares Parken vor dem Stadion. Und wie gesagt, es ist ja nicht so, dass es rund um das Stadion gar keine Parkplätze geben würde. Als potenzielle neue/zusätzliche Parkflächen hatte die Fraktion GfL in ihrem Antrag übrigens Vorschläge unterbreitet: Parken auf(!) dem direkt angrenzenden Friedhof, Parken auf den als Versickerungsflächen dienenden Grünstreifen der auf diesem Abschnitt nicht mit Gullys versehenen Straße des Friedens. Die Grundstücksanliegenden täten

sich bedanken, wenn beim nächsten Starkregen das ganze Wasser nicht mehr in die Grünstreifen, sondern auf ihre Grundstücke fließen würde. Oder Parken auf dem angrenzenden Schulhof, zwischen den dortigen Bänken und Spielgeräten für die Kinder. Nein. Wir wollen eine Stadt nicht nur für Autos, sondern für alle. Wir meinen, die Parkplätze reichen aus, (längere) Fußwege sind zumutbar. Daher waren wir gegen den Antrag. Dann geschah in der Abstimmung etwas Kurioses:

**Fast alle Stadtverordneten waren gegen den Antrag, selbst die GfL hat sich bei ihrem eigenen Antrag nur noch enthalten – Antrag abgelehnt.**

### **Kostenpflichtige Parkausweise**

für Anwohner\*innen, Beschäftigte und Händler\*innen der Breiten Straße, Baruther Straße, Kleiner Haag und Markt

Kommen wir doch endlich einmal weg vom ständigen Bevorzugen des Autos. In Luckenwalde kommt man auch mit dem Fahrrad gut und schnell von A nach B. Beim ÖPNV haben wir eine funktionierende Stadtbushlinie. Zusätzlich kann auch der Rufbus bestellt werden. Und wer dann immer noch mit dem Auto fahren will oder muss, findet in aller Regel auch in der Innenstadt seinen Parkplatz. Das überzeugte die Fraktion GfL aber nicht. Mit ihrem Antrag sollte nun wiederum das Autofahren

bzw. das Parken in der Innenstadt privilegiert werden. Wohlgermerkt für bis zu 240 Euro als Gebühr dafür. Wir fanden das aus den erwähnten Gründen falsch und waren gegen den Antrag. Auch die übrigen Stadtverordneten waren recht deutlich in ihrem Votum: **wenige Enthaltungen kamen von der CDU, ansonsten einhelliges Nein. Nur GfL war für ihren Antrag.**

Felix Thier,  
Fraktionsvorsitzender

## Ludwigsfelde

# Bericht aus dem Stadtparlament



Foto: privat

Bürgermeister Igel (r.) mit den ehrenamtlich Engagierten

Die Tagesordnung der November-Stadtverordnetenversammlung war ungewöhnlich dicht gepackt.

Nach dem Quartalsbericht des Bürgermeisters stand die Wahl eines neuen Ersten Beigeordneten auf dem Plan. Der derzeitige Amtsinhaber verzichtete auf eine zweite Amtszeit, so dass eine Neuwahl notwendig war. Nach einem klar normierten Bewerberauswahlverfahren wurde der bis dahin zweite Beigeordnete und Fachbereichsleiter des Bereiches Soziales, Paul Nipalla, durch den Bürgermeister vorgeschlagen und mit deutlicher Mehrheit gewählt. Da der Erste Beigeordnete in der Stadt Ludwigsfelde zwingend die Leitung des Fachbereiches I (Personal/Kämmerei/Einwohnerwesen usw.) übernehmen

muss, wird also die Leitung des Fachbereiches Soziales zeitnah neu besetzt werden müssen.

Weiterhin wurden der Behindertenbeirat und der Seniorenbeirat neu gewählt. Beide Beiräte sind bei der Anzahl auf neun Mitglieder festgelegt. Während es für den Seniorenbeirat deutlich mehr Bewerber\*innen als Plätze gab, war die Kandidatenlage für den Behindertenbeirat mit acht Bewerber\*innen deutlich begrenzter.

Aus Sicht unserer Fraktion Die Linke/FiLu freuen wir uns sehr, dass unser ehemaliges Fraktionsmitglied Erika Dahlke erneut in den Seniorenbeirat gewählt wurde. In den Behindertenbeirat wurden unsere beiden Mitstreiterinnen und Kommunalwahlkandidatinnen Gabi Walter und

Sophie »Foxy« Zanko gewählt. Allen dreien wünschen wir viel Erfolg und Spaß für diese wichtige Arbeit. Auch die Nominierung der sachkundigen Einwohner stand auf der langen Tagesordnung. Unsere Fraktion werden zukünftig Dirk Krause im Sozialausschuss und Klaus Hubrig im Bauausschuss unterstützen. Herzlich Willkommen in unserer Fraktion. Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Verabschiedung des Haushaltes 2025. Durch die gute Vorbereitung in den vorangegangenen Ausschüssen wurde dieser Punkt nach nur kurzer Diskussion beschlossen und somit die Arbeitsfähigkeit der Kommune auch im kommenden Jahr sichergestellt. Auch im Jahr 2025 liegen alle Prioritäten auf dem Bau unserer

neuen Grundschulen und der dazugehörigen Sporthallen. Dadurch befindet sich die Kommune in einer sehr angespannten Haushaltssituation. Um so wichtiger ist es, dass alle freiwilligen Ausgaben mindestens auf der Höhe des Jahres 2024 abgesichert sind. Weiterhin wurden die Satzung und Entgeltordnung unserer Städtischen Musik- und Kunstschule, erstmalig seit 2014, den aktuellen Gegebenheiten angepasst. Ein gemeinsamer Antrag unserer Fraktion mit anderen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung, der die Rechte der Ortsbeiräte stärken soll, wurde zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Silvio Pape,  
Fraktionsvorsitzender

## **Klausurtagung der Mandatstragenden mit dem Regionalvorstand**

Im November traf sich der neu gewählte Vorstand der Linken im Regionalverband Trebbin-Großbeeren-Ludwigsfelde (TGL) mit den gewählten Abgeordneten aus Ludwigsfelde und Großbeeren zur Klausurtagung.

Das Ziel der Sitzung war es, die gewachsene TGL-Struktur, inklusive der linksjugend [solid]-Gruppe, weiter breit aufzustellen und neue Konzepte zur Gewinnung und (Ein-)Bindung von Genoss\*innen zu entwickeln. Als Ansprechpartner für Neumitglieder in den einzelnen Orten des Regionalverbands stehen zukünftig Robert Kosin (Großbeeren), Valentin Kühler (Trebbin) und Tobias Lübbert (Ludwigsfelde) zur Verfügung. Ansprechpartner für die Linksjugend ist Valentin Kühler und für die Senioren steht Rosegret Semt zur Verfügung. Festzustellen ist, dass sich in den vergangenen Jahren vieles in TGL zum Positiven entwickelt hat. Das neue Büro in Ludwigsfelde ist frequentiert wie nie zuvor. Es gibt signifikante Mitgliederzuwächse, die sich besonders in Trebbin und Großbeeren, wo wir wenige aktive Genoss\*innen vorweisen konnten, sehr positiv auf unsere Aktivität

auswirken. Und die überregionale Zusammenarbeit wurde im Zuge der Wahlen stark ausgebaut.

Einzig im Wahlergebnis spiegelt sich der positive Trend nicht wider. Europawahl, Kommunalwahl und Landtagswahl – immer gab es noch mehr Verluste für Die Linke in TGL. Hierzu wurde die Klausur für eine Ursachenforschung genutzt. Abschiede in den (verdienten) politischen Ruhestand von u. a. Peter Dunkel und Irene Pacholik haben uns schwer getroffen und auch der Bundestrend sprach gegen uns. Die Nähe an den Menschen sprach waren, wurden wir gewählt. In diesem Zusammenhang ist es mehr als erfreulich, dass aktuell eine von Solid organisierte Haustürkampagne im ganzen Kreis läuft und uns einmal mehr die nächsten Neueintritte erreichen. Aus der Fraktion in Ludwigsfelde wurde während der Klausur berichtet. Neben Infos aus den Ausschüssen und der jüngsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) wurde angemerkt, dass wir uns weiter aktiv in die Planung der Stadt einbringen. Projekte wie Solardächer, Trinkbrunnen aber auch Bauprojekte für neue Miet-

wohnungen wurden von der Linken angesprochen und beantragt. Teils soll es hierzu weitere Gespräche mit der Stadt geben, teils warten wir auf Antworten der Beteiligten. Der Vorstand der Linken TGL hat daher beschlossen, u. a. die Vorsitzenden des Wasser- und Abwasserzweckverbandes WARL und der Wohnungsgesellschaft Märkische Heimat zu einer der Linken Stunden im neuen Jahr in unseren Linkstreff einzuladen: immer am ersten Donnerstag im Monat um 18:00 Uhr in der Maxim-Gorki-Straße 10.

Unsere Vorschläge in der SVV für den Behindertenbeirat, den Seniorenbeirat und die Besetzung der Ausschüsse mit uns nahestehenden sachkundigen Einwohnern wurde mittlerweile angenommen. So vertreten uns nun Sophie Zanko und Gabriele Walter im Behindertenbeirat, Erika Dahlke im Seniorenbeirat, Dirk Krause im Sozialausschuss und Klaus Hubrig im Bauausschuss. An dieser Stelle möchten wir uns schon jetzt herzlich für die künftige Zusammenarbeit bedanken. Nur gemeinsam ziehen wir diesen Karren wieder in die Spur. In Großbeeren sitzt unser einziges Mitglied in

der Gemeindevertretung, Robert Kosin, nun in einer gemeinsamen Fraktion mit SPD und Grünen und versucht für uns die wichtigsten Themen über diesen Weg einzubringen. Interessant ist aktuell das Abwahlverfahren gegen Bürgermeister Tobias Borstel (ehemals SPD, jetzt parteilos), der bereits in der vergangenen Legislatur der Gemeindevertretung ein Abwahlverfahren überstanden hat. Dieses Mal kommt die Initiative aus der Bevölkerung und nicht, wie damals, aus der Gemeindevertretung selbst, wodurch der Angelegenheit mehr Zustimmungsfähigkeit zugerechnet werden kann. Auch für uns steht fest, ein Weiter-So samt gegenseitiger Blockaden in den kommenden Jahren bringt Großbeeren nicht voran, sondern macht die Gemeinde handlungsunfähig.

In Trebbin besitzt Die Linke nach der jüngsten Kommunalwahl keinen Sitz mehr in der SVV. Das wollen wir ändern. Unsere Mission ist ganz klar: 2029 ziehen wir mit mindestens einem Stadtverordneten wieder in die SVV Trebbin ein! Das schaffen wir nur gemeinsam, das schaffen wir nur mit Nähe zu den Bürger\*innen und mit viel Arbeit. Diese Arbeit wurde mit der Klausur der Linken TGL eingeläutet.

Tobias Lübbert,  
*Vorsitzender Die Linke TGL*

## **Blankenfelde-Mahlow**

### **Erstens kommt es anders ...**

### **Nachbetrachtung zur geplanten Zählgemeinschaft**

Wir waren wild entschlossen, dem schwarzen Block in unserer Gemeindevertretung (GV) etwas entgegenzusetzen und den Postenschacher der anderen mit der AfD zu stören. Nachdem wir unsere Zählgemeinschaft aus Grünen (zwei Mandate), Die Linke (zwei Mandate) und FDP (ein Mandat) für die GV-Sitzung angemeldet hatten, ging in den sozialen Medien ein riesiges »Geschrei« darüber los.

Interessant war, dass es hier zuerst Reaktionen aus einer Fraktion gab, die über unser Vorhaben auf offiziellem Weg noch gar nicht informiert sein konnte ... Aber egal.

Sofort haben unsere »Superanwälte« aus den Reihen der GV nach rechtlichen Entscheidungen und Kommentaren zur Kommunalverfassung gesucht und wurden für das Jahr 2008 fündig. Nach einem Schreiben des Brandenburger Ministerium des Innern an Bürgermeister\*innen aus dem Jahr 2008 wurde deutlich: Wir sind nicht berechtigt eine Zählgemeinschaft zu bilden. Diese Nachricht erreichte uns am späten Nachmittag – zwei Tage vor der GV-Sitzung.

Damit war klar, es geht nur mit der Bildung einer gemeinsamen Fraktion! Wir waren dazu durchaus bereit, galt es ja vor allem der AfD

den 2. Ausschussvorsitz wieder abzunehmen. Aber unser Mann von der FDP bekam gleich mächtig Bammel. Immerhin kandidierte er für den Landtag und seine Partei hat ja einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur Zusammenarbeit mit uns Linken. Allerdings wollte er noch von uns in einen Ausschuss geschickt werden – als Einzelmitglied seiner Partei in der GV hat er darauf nämlich keinen Anspruch. Die Grüne Fraktion wollte sich noch in ihrem Ortsverband zur Fraktionsbildung mit uns beraten. Tja, was soll ich Euch sagen: in der Nacht (22:32 Uhr) vor der GV-Sitzung kam dann auch hier

die Absage – erstmal »vorläufig«, was immer das auch heißen soll. Sie wollen uns und die sachkundigen Einwohner\*innen erst mal »beschnuppern«. Schade. Ich denke, wir haben hier eine gute Chance einer Gegenwehr zur AfD verpasst. Jetzt bleibt es dabei: Wir Linke werden aktiv, kompetent und auch streitbar, wenn es erforderlich ist, als kleine Fraktion mit tollen sachkundigen Einwohner\*innen und sicher auch der Unterstützung unserer Basis in der GV weiter arbeiten.

Angelika Tepper,  
*Fraktionsvorsitzende*

## Rangsdorf

# Das Kinder- und Jugendparlament:

## Der Verfassungsschutz von Rangsdorf, der funktioniert

Die Rangsdorfer AfD-Fraktion hat sich selbst zerschlagen – eine freudige Botschaft für alle, denen ein sachlicher Diskurs in der Gemeindevertretung wichtig ist. Doch wie kam es zu diesem Höhepunkt der Zersplitterung der Faschisten?

### Tatort Rathaus Rangsdorf:

22.10.2024, 17:00 Uhr. Bei der Sitzung des Kinder- und Jugendparlamentes ist neben den gewählten Mitgliedern auch noch die Schulsprecherin der Grundschule anwesend. Sie ist da, um über Probleme aus ihrer Schule zu berichten und den Kontakt zum Kinder- und Jugendparlament auszubauen. Ein gelungener Austausch – da sind sich die anwesenden Jugendbeiratsmitglieder einig. Vor allem ein Thema dominierte das Gespräch: Wasserhähne an der Grundschule sind zu klein, um Trinkflaschen

daran zu befüllen. Ein einfach zu behebbendes Problem, welches das Kinder- und Jugendparlament zum Bürgermeister delegierte. Dieser beauftragte schon in der nächsten Woche die entsprechende bauliche Leistung. Ein einfacher Erfolg, der schnell erreicht werden konnte. Umso erstaunter waren (fast) alle Beteiligten, als auf der Tagesordnung des nächsten Sozialausschusses ein Antrag der AfD-Fraktion auftauchte, in dem diese Wasserspender an Grund- und Oberschulen forderte.

Schnell war der offensichtliche Antragsdieb ausgemacht: Andreas Koch, parteilos, aber auf der Liste der AfD, reichte nicht nur den Antrag ein – er war auch bei der oben genannten Sitzung des Kinder- und Jugendparlamentes anwesend. Dort hatte er still das

Treiben beobachtet und also auch bemerkt, dass das Kinder- und Jugendparlament das Anliegen bereits aufgenommen hatte. Dementsprechend entschied sich das Kinder- und Jugendparlament einstimmig dazu, eine Stellungnahme in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses zu verlesen. Im Sozialausschuss war allerdings nur die andere AfD-Abgeordnete, Sigrid Rolff, anwesend. Diese – die offensichtlich nicht von dem Antragsklau wusste – war nach der Verlesung der Stellungnahme peinlich berührt und entschied sich dazu, den Antrag zurückzuziehen. Ein erster Erfolg, der positiv aufgenommen wurde.

Doch die Ereignisse überschlugen sich bereits in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung, bei der deren Vorsitzender verkün-

dete, dass sich die AfD-Fraktion aufgelöst hatte. Scheinbar – so schilderten es Insider – entbrannte ein Streit aus der oben beschriebenen Thematik. Frau Rolff war scheinbar so wütend darüber, dass Herr Koch sie nicht über sein Vorgehen unterrichtet hatte, dass sie sich dazu entschied, der AfD den Rücken zu kehren und als parteilose Gemeindevertreterin allein in der Gemeindevertretung zu agieren. Damit verliert die AfD den Fraktionsstatus und somit auch wichtige Rechte, wie das Antragsrecht oder das Recht, in Ausschüssen vertreten zu sein. Auch sachkundige Einwohner und Mitglieder in Beiräten kann die AfD in Zukunft nicht mehr stellen.

Simon Krüßmann, *Vorsitzender des Jugendparlamentes*

## Jüterbog

# Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

Seit September hat die Stadtverordnetenversammlung (SVV) Jüterbog in ihrer neuen Zusammensetzung nach der Kommunalwahl im Juni die Arbeit wieder aufgenommen. Mit frischem Schwung und klaren Zielen werden laufende und anstehende Projekte diskutiert, eingereicht und beschlossen.

Ein erster wichtiger Schritt wurde bereits im November getan: Der Haushalt für das kommende Jahr wurde vorbildlich verabschiedet. Bevor wir jedoch auf die aktuellen Themen eingehen, möchten wir unseren besonderen Dank an Maritta Böttcher aussprechen. Sie hat über Jahrzehnte hinweg die Politik in Jüterbog als Stadtverordnete geprägt und maßgeblich mitgestaltet. Nun hat sie sich dazu entschieden, sich aus diesem Gremium zurückzuziehen, um verdienterweise etwas kürzerzutreten. Wir danken ihr für ihr

unermüdliches Engagement und versprechen, ihre Arbeit in ihrem Sinne fortzuführen. Mit voller Kraft werden wir uns weiterhin für die Anliegen und Rechte der Menschen in Jüterbog einsetzen. Für uns als Die Linke steht insbesondere das soziale Engagement im Fokus. Hierbei spielen die Themen Kitas und Grundschulen eine zentrale Rolle. Es bleibt unsere Aufgabe, die Interessen der Kinder, Familien und Mitarbeitenden zu vertreten. Besonders in Bezug auf die Kita »Glühwürmchen« stehen wir vor großen Herausforderungen. Die Blockadehaltung seitens der Stadt erschwert eine zukunftsichere Perspektive für diese Kita, die – im Gegensatz zu den städtischen Einrichtungen – voll ausgelastet ist. Dies führt verständlicherweise zu Besorgnis bei der Leitung. Wir sehen es als unsere Pflicht, weiter für den Erhalt und die Unterstützung



Maritta Böttcher mit den beiden Stadtverordneten der Linken, Max Zauber und Dr. Ulrike Anders (v. l. n. r.)

dieser Einrichtung zu kämpfen. Ein weiteres wichtiges Thema ist das Ansehen unserer Stadt. Der Beitritt des Bürgermeisters zur AfD hat dem Image Jüterbogs erheblich geschadet – nicht nur innerhalb der Stadt, sondern auch überregional. Diese Entwicklung birgt das Risiko, potenzielle Investor\*innen oder neue Einwohner\*innen abzuschrecken, was langfristig negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung haben könnte. Für uns als Die Linke ist

es daher entscheidend, diesem Trend entgegenzuwirken und eine offene, solidarische und welt-offene Stadt zu fördern. Sollte es erforderlich sein, werden wir uns auch für eine Abwahl des Bürgermeisters einsetzen.

Unser Ziel bleibt es, Jüterbog weiterzuentwickeln – als lebendige und soziale Stadt, in der alle Menschen gleichermaßen gehört und unterstützt werden.

Dr. Ulrike Anders, *Fraktionsvorsitzende*

## Impressum

Herausgeber: Die Linke Kreisverband Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Felix Thier · Redaktion: Felix Thier · Redaktionsschluss: 12. Dezember 2024  
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Enviro® top Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern · Auflage: 1.500  
Dezember 2024, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.